

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES SACHSEN-ANHALT

Bürgerinitiative  
Nürnberger Land Süd gegen  
die Gleichstrompassage Süd-Ost  
Herrn Werner Merkel  
Feuerweg 22  
90518 Altdorf

19. Mai 2014

**Planung der Gleichstrompassage Süd-Ost von Bad Lauchstädt nach Meitingen**

Sehr geehrter Herr Merkel,  
sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Schreiben vom 28. März 2014, in dem Sie die Notwendigkeit des Baus der Gleichstromtrasse von Bad Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nach Meitingen (Bayern) in Frage stellen, danke ich Ihnen. Seither haben mich weit über 500 Briefe von Bürgerinnen und Bürgern des Nürnberger Raums erreicht. Da es nicht möglich ist, allen Bürgerinnen und Bürgern einzeln zu antworten, bitte ich Sie, mein heutiges Schreiben auf der Homepage der Bürgerinitiative Nürnberg Land Süd zu veröffentlichen, um meine Sichtweise allen Interessierten gleichermaßen zugänglich zu machen.

Die Energiewende wird seit Jahren in Sachsen-Anhalt als kontinuierliches Projekt betrieben und durch die Landesregierung begleitet. Daher haben wir bereits heute einen hohen Ausbaustand an erneuerbaren Energien. Sachsen-Anhalt zählt zu den Spitzenreitern bei der Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien. Eine zumindest bilanzielle, d. h. rechnerische Vollversorgung mit Strom aus regenerativen Energien ist für 2030 in Sichtweite. Damit liegen wir weit über den Zielen des Bundes, der den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035 erhöhen will.

Bei der Umsetzung der Energiewende geht es um nicht weniger als den Komplettumbau eines über Jahrzehnte gewachsenen Energiesystems. Besonders deutlich wird dieser Komplettumbau im Bereich des notwendigen Netzausbaus. Die großen Erzeugungsstandorte von erneuerbaren Energien liegen in Nord- und Ostdeutschland, während sich die Verbrauchszentren überwiegend im Süden befinden. Daher werden große Stromautobahnen wie die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Trassen benötigt, die den Strom von Norden und Osten in den Süden möglichst verlustarm und mit hoher Kapazität direkt transportieren können.

Der Ausbaubedarf im Bereich der Übertragungsnetze wird jährlich auf Basis des nationalen Netzentwicklungsplans ermittelt. Dabei werden jeweils drei Szenarien zugrunde gelegt, die die zukünftige Erzeugung und den Verbrauch von Energie in den einzelnen Bundesländern prognostizieren. Aus allen bisherigen Szenarien geht klar hervor, dass die Energiebilanz des süddeutschen Raums negativ ist. Das heißt, auch wenn ein weiterer Ausbau von erneuerbaren Energien und der Bau neuer konventioneller Kraftwerke in Süddeutschland unterstellt werden, müssen die südlichen Bundesländer im Jahr 2023 ca. 30 Prozent ihres jährlichen Stromverbrauches aus anderen Bundesländern – wie beispielsweise Sachsen-Anhalt – beziehen.

In den nationalen Netzentwicklungsplänen wurde ein Ansatz entwickelt, mit dem ein Ausbau im Bereich der 380-kV Wechselstromleitungen mit neuen, leistungsstarken und bei der Übertragung über weite Strecken verlustärmeren Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) kombiniert wird. Eine der geplanten HGÜ ist die „Gleichstrompassage Süd-Ost“ von Bad Lauchstädt in Sachsen-Anhalt nach Meitingen in Bayern. Mit dieser Direktleitung werden auch die bestehenden Ringflüsse von Nordostdeutschland durch Polen und Tschechien nach Süddeutschland reduziert und damit Energieverluste vermieden. Das im April 2013 – auch mit den Stimmen der bayerischen Landesregierung - beschlossene Bundesbedarfsplangesetz definiert den Bau als prioritäre Maßnahme. Mit der Fortschreibung der Netzentwicklungspläne wird auch weiterhin der Bedarf der HGÜ-Trassen geprüft. Der Prozess der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung über die technische Ausgestaltung der Trassen darf nicht vom fachlichen Sachverstand losgelöst sein. Nur so ist zu erreichen, dass unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten ein Optimum gefunden werden kann.

Sie äußern in Ihrem Schreiben, dass die geplante Trasse vor allem den Interessen der Kohleverstromer dienen würde. Dies trifft nicht zu. Die Netzbetreiber sind verpflichtet, den gesamten angebotenen Strom aus erneuerbaren Energien unverzüglich und vorrangig abzunehmen, zu übertragen und zu verteilen. Anders erzeugter Strom muss zurücktreten.

Unabhängig davon sind die Stromnetze schon heute an der Grenze der Belastbarkeit. Die erforderliche Netzstabilität und Versorgungssicherheit muss durch Energieanbieter gewährleistet werden, die jederzeit zur Verfügung stehen. Für diese Grundlastsicherung ist die Braunkohle heute ein sicher verfügbarer und heimischer Energieträger. Ihre Befürchtung kann ich daher nicht teilen. Die Bundesnetzagentur hat wiederholt herausgestellt, dass die ostdeutschen Braunkohlekraftwerke nicht diejenigen Stromerzeugungsanlagen sein werden, die den Bedarf der Gleichstrompassage Süd-Ost bestimmen.

Ich bitte auch Sie um die Unterstützung der Energiewende und den Ausbau der dafür notwendigen neuen Infrastruktur.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Reiner Haseloff', written in a cursive style.

Dr. Reiner Haseloff, MdL